



DIE EUROPÄISCHE
UNION ERKLÄRT

Grenzen und Sicherheit

Ein offenes und
sicheres
Europa
aufbauen

Eines der grundlegenden Ziele der Europäischen Union (EU) ist es, einen Raum ohne Binnengrenzen zu schaffen, in dem sich die Menschen frei bewegen und ungehindert leben und arbeiten können und die Gewissheit haben, dass ihre Rechte uneingeschränkt geachtet werden und ihre Sicherheit gewährleistet ist. Hier fällt der Innenpolitik eine wichtige Rolle zu.



DIE EUROPÄISCHE UNION ERKLÄRT

Diese Veröffentlichung ist Teil einer Schriftenreihe, in deren Rahmen die Aktivitäten der EU in unterschiedlichen Politikfeldern, die Gründe ihrer Einbindung und die Ergebnisse erläutert werden.

Sie können die verfügbaren Veröffentlichungen der Reihe hier herunterladen:

http://europa.eu/pol/index_de.htm

Wie funktioniert die EU?

Europa 2020: Europas Wachstumsstrategie

Die Gründerväter der EU

Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport

Außen- und Sicherheitspolitik

Beschäftigung und Soziales

Betrugsbekämpfung

Binnenmarkt

Digitale Agenda

Energie

Entwicklung und Zusammenarbeit

Erweiterung

Fischerei und maritime Angelegenheiten

Forschung und Innovation

Gesundheitswesen

Grenzen und Sicherheit ✖

Handel

Haushalt

Humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz

Justiz, Bürgerschaft, Grundrechte

Klimaschutz

Kultur und audiovisuelle Medien

Landwirtschaft

Lebensmittelsicherheit

Migrations- und Asylpolitik

Regionalpolitik

Steuern

Umwelt

Unternehmen

Verbraucher

Verkehr

Wettbewerb

Wirtschafts- und Währungsunion und der Euro

Zoll

INHALT

Wozu benötigen wir gemeinsame Grenzschutzregelungen?

Die EU – ein Raum der Freizügigkeit 3

Maßnahmen der EU

Gemeinsame EU-Regeln für
Grenzübergänge 4

Zusammenarbeit – Voraussetzung für ein sicheres Europa

Die EU – ein sicherer Raum 7

Maßnahmen der EU

Gemeinsame EU-Vorschriften
gewährleisten Sicherheit für alle 8

Ausblick 12

Mehr zum Thema 12

Die Europäische Union erklärt: Grenzen und Sicherheit

Europäische Kommission

Generaldirektion Kommunikation

Veröffentlichungen

1049 Brüssel

BELGIEN

Manuskript abgeschlossen im Januar 2013

Titelfoto und Foto S. 2: © Jupiterimages

12 S. – 21 x 29,7 cm

ISBN 978-92-79-24515-2

doi:10.2775/76456

Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen
Union, 2013

© Europäische Union, 2013

Nachdruck gestattet. Für die Verwendung oder
Vervielfältigung einzelner Fotos muss die Genehmigung
direkt beim Urheberrechtsinhaber eingeholt werden.

Wozu benötigen wir gemeinsame Grenzschutzregelungen?

Die EU – ein Raum der Freizügigkeit

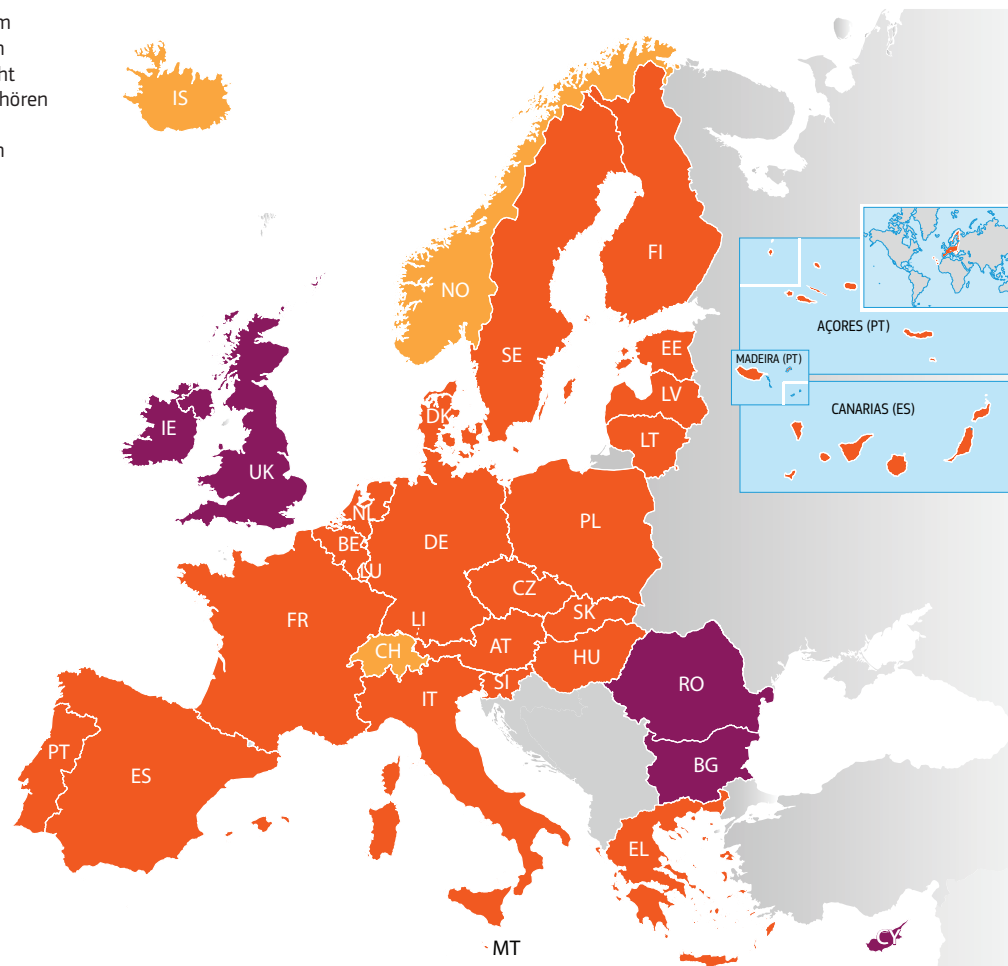
1985 legten fünf Mitgliedstaaten der heutigen EU mit der Unterzeichnung des **Übereinkommens von Schengen** den Grundstein für eine Zusammenarbeit zur Abschaffung der Binnengrenzen. In den darauffolgenden Jahren schlossen sich die meisten der heutigen EU-Mitgliedstaaten wie auch einige Nicht-EU-Staaten dieser Zusammenarbeit an und gründeten den **Schengen-Raum**. Dies bedeutet, dass die an der Schengen-Zusammenarbeit teilnehmenden Länder keine Kontrollen mehr durchführen, so dass Personen ohne Passkontrolle von einem Schengen-Land in ein anderes reisen können.

Die Abschaffung der Binnengrenzen bedeutet, dass die Schengen-Länder miteinander zusammenarbeiten müssen, um ein hohes Sicherheitsniveau im Schengen-Raum zu gewährleisten. Dies bedeutet aber auch, dass sie alle für den Schutz ihrer gemeinsamen Außengrenzen verantwortlich sind und mit ihren Nachbarn außerhalb der EU, die nicht dem Schengen-Raum angehören, gut zusammenarbeiten sollten. Für die Schengen-Zusammenarbeit gelten gemeinsame Kriterien für die Kontrolle der Außengrenzen, gemeinsame Regeln für die Einreise in den Schengen-Raum sowie eine verstärkte polizeiliche Zusammenarbeit zwischen den teilnehmenden Ländern.

SCHENGEN-RAUM (STAND: 19.12.2011)

- EU-Mitgliedstaaten, die dem Schengen-Raum angehören
- EU-Mitgliedstaaten, die nicht dem Schengen-Raum angehören
- Nicht-EU-Staaten, die dem Schengen-Raum angehören

AT: Österreich
 BE: Belgien
 BG: Bulgarien
 CH: Schweiz
 CY: Zypern
 CZ: Tschechische Republik
 DE: Deutschland
 DK: Dänemark
 EE: Estland
 EL: Griechenland
 ES: Spanien
 FI: Finnland
 FR: Frankreich
 HU: Ungarn
 IE: Irland
 IS: Island
 IT: Italien
 LI: Liechtenstein
 LT: Litauen
 LU: Luxemburg
 LV: Lettland
 MT: Malta
 NL: Niederlande
 NO: Norwegen
 PL: Polen
 PT: Portugal
 RO: Rumänien
 SE: Schweden
 SI: Slowenien
 SK: Slowakei
 UK: Vereinigtes Königreich



Maßnahmen der EU

Gemeinsame EU-Regeln für Grenzübergänge

Die Schengen-Länder richten sich nach gemeinsamen Regeln für Personenkontrollen an den Außengrenzen und das Ausstellen von Visa für Kurzaufenthalte im Schengen-Raum. Diese Regeln ermöglichen es der EU, ihre Außengrenzen wirksam zu kontrollieren, Sicherheitsbedrohungen vorzubeugen, gegen Menschenhandel vorzugehen und Immigrationsströme besser in den Griff zu bekommen (mehr Informationen zu diesem Thema finden sich in der Broschüre **Migrations- und Asylpolitik**). Da auch für die Einreise in den Schengen-Raum gemeinsame Regeln gelten, sind die Bedingungen transparenter, die Staatsbürger eines Nicht-EU-Landes für eine Einreise in die EU erfüllen müssen.

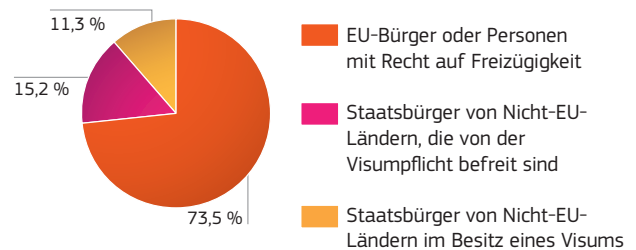


Die Außengrenzen der EU werden sorgfältig kontrolliert – hier zwischen der Slowakei und der Ukraine.

Der Schengener Grenzkodex regelt das **Überschreiten von Grenzen** und Personenkontrollen. Insbesondere sind dort die Anforderungen aufgeführt, die Staatsbürger eines Nicht-EU-Landes für einen Aufenthalt von bis zu drei Monaten je Halbjahr erfüllen müssen. Unter anderem müssen sie im Besitz eines gültigen Reisedokuments und (erforderlichenfalls) eines Visums sein und für die Dauer des beabsichtigten Aufenthalts die Mittel zum Leben im Bestimmungsland haben. Nach dem Schengen-Grenzkodex dürfen Schengen-Länder in Ausnahmefällen wieder Kontrollen an ihren Binnengrenzen einführen, jedoch nur, wenn ernsthafte Gefahr für ihre öffentliche Ordnung oder interne Sicherheit besteht und nur für einen begrenzten Zeitraum.

GRENZÜBERTRITTE – EU-AUSSENGRENZEN

12,6 Millionen Grenzübertritte pro Woche (2009)



Quelle: Europäische Kommission..

Gemeinsame Regeln für Kurzaufenthalte

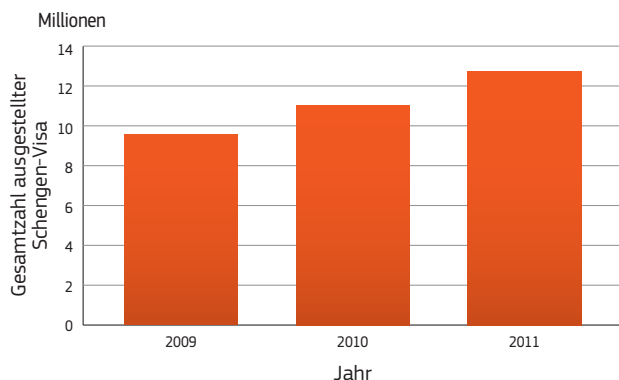
Ein weiteres Element der Schengen-Zusammenarbeit ist die **gemeinsame Visumpolitik**, die nicht nur die rechtmäßige Einreise in die EU erleichtert, sondern auch zur Stärkung der internen Sicherheit der EU beiträgt. Mit dem Visakodex wurden die Bedingungen und Verfahren der Schengen-Länder für das Ausstellen von Kurzaufenthaltsvisa (sogenannte Schengen-Visa) vereinheitlicht. Er legt beispielsweise fest, wie Visaanträge zu stellen sind und wie das Land bestimmt wird, das für die Prüfung eines Antrags zuständig ist. Das Schengen-Visum ist für die Dauer von höchstens drei Monaten je Halbjahreszeitraum gültig, wobei der Visuminhaber innerhalb des gesamten Schengen-Raums uneingeschränkt reisen darf.

Nicht alle Staatsbürger eines Nicht-EU-Landes benötigen ein Visum für die Einreise in den Schengen-Raum. Die EU führt gemeinsame Listen der Länder, deren Staatsangehörige ein Visum benötigen, wie auch der Länder, für deren Staatsangehörige keine Visumpflicht besteht. Unter anderem gelten Ausnahmen für Länder, mit denen die EU Abkommen über Visabefreiung geschlossen hat, oder für Personen, die aufgrund bilateraler Abkommen wie dem Abkommen über den kleinen Grenzverkehr Sonderrechte genießen.

Gemeinsames Schengen-Etikett



SCHENGEN-VISA



Quelle: Europäische Kommission.

Für Aufenthalte von mehr als drei Monaten stellen die EU-Mitgliedstaaten weiterhin Visa für den längerfristigen Aufenthalt und Aufenthaltsgenehmigungen auf der Grundlage ihrer nationalen Vorschriften aus.

Die EU-Regelung zum kleinen Grenzverkehr ermöglicht es den Mitgliedstaaten, zur Erleichterung des Grenzübertritts an EU-Außengrenzen bilaterale Abkommen mit ihren Nicht-EU-Nachbarstaaten zu schließen. Nach diesen Abkommen besteht für Staatsbürger eines Nicht-EU-Landes, die in Grenzgebieten leben und die EU-Außengrenzen regelmäßig und häufig überschreiten müssen, nicht die Pflicht, sich regelmäßigen Grenzkontrollen zu unterziehen oder ein Schengen-Visum mitzuführen. Diese Form der Zusammenarbeit erleichtert nicht nur den Handel, sondern fördert auch den kulturellen Austausch mit Nachbarregionen.

Informationsaustausch für eine bessere Verwaltung der Außengrenzen

Um die gemeinsamen Außengrenzen besser verwalten zu können, nutzen die Mitgliedstaaten ein gemeinsames Informationssystem, über das Informationen zwischen den nationalen Behörden innerhalb des Schengen-Raums leicht ausgetauscht werden können.

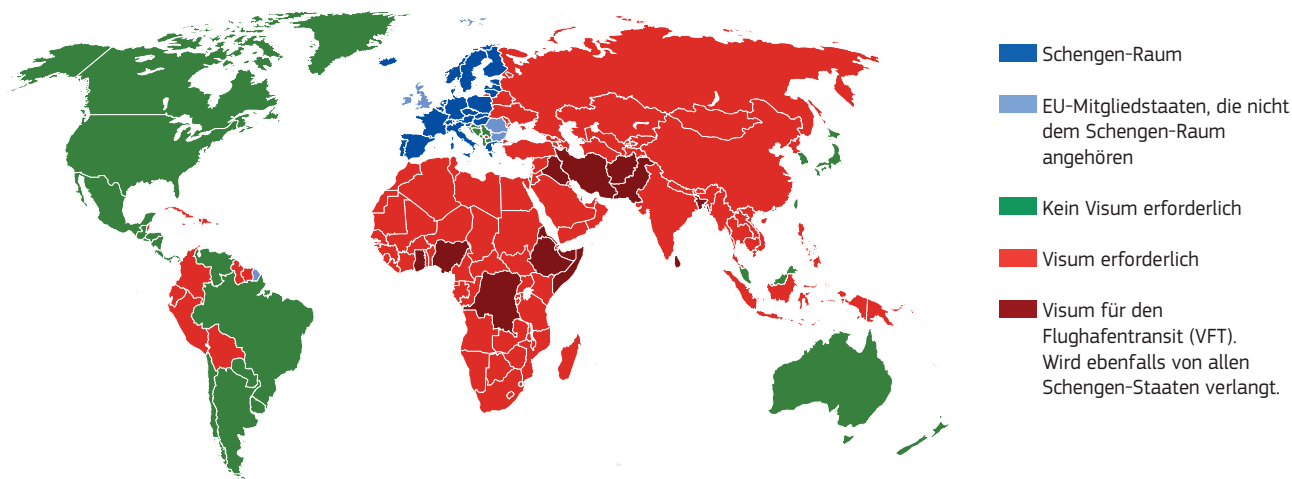
Über das unlängst eingerichtete **Schengener Informationssystem** der zweiten Generation (SIS II) können die zuständigen Behörden wirksamer auf Personen- und Sachfahndungsdaten, beispielsweise über vermisste Personen, gestohlene oder abhanden gekommene Autos, Schusswaffen und Ausweispapiere, zugreifen und Informationen darüber austauschen. Es bietet neue Funktionen, z. B. die Verwendung biometrischer Identifikatoren (z. B. Fingerabdrücke) und neue Arten von Warnungen sowie die Möglichkeit zur Verknüpfung verschiedener Arten von Warnungen (z. B. einer Warnung zu einer Person und einer Warnung zu einem Fahrzeug).

Anhand des **Visa-Informationssystems** (VIS) können die nationalen Behörden Informationen und Entscheidungen über Anträge auf Schengen-Visa einsehen. Außerdem können die Behörden biometrische Daten abgleichen (hauptsächlich Fingerabdrücke) und auf diese Weise die



Gemeinsame Informationssysteme zur Abnahme von Fingerabdrücken für Identifizierungszwecke.

SCHENGEN-RAUM – VISAVORSCHRIFTEN



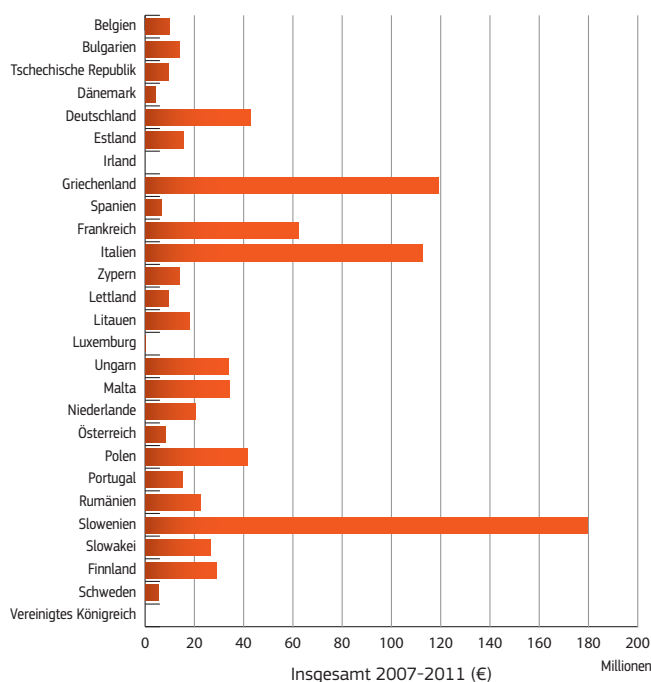


Seeüberwachungszentrale in Toulon (Frankreich), teilweise finanziert mit Mitteln aus dem Außengrenzenfonds.

Identität von Visainhabern prüfen und Personen identifizieren, die sich im Schengen-Raum ohne Ausweispapiere oder mit gefälschten Dokumenten aufhalten. Das System erleichtert nicht nur das Ausstellen von Visa, sondern auch die Bekämpfung von Missbrauch und erhöht gleichzeitig den Schutz der Reisenden. Beispielsweise kann das System dabei helfen, betrügerisches Handeln zu entdecken.

Die **Europäische Agentur für das Betriebsmanagement großer IT-Systeme** (eu.LISA) ist zuständig für das Betriebsmanagement von VIS und SIS II sowie von Eurodac, einem IT-System für den Vergleich der Fingerabdrücke von Asylbewerbern (mehr Informationen hierzu finden sich in der Broschüre **Migrations- und Asylpolitik**). Möglicherweise wird die Agentur in Zukunft auch eingeladen, andere IT-Systeme aus dem innenpolitischen Bereich wie das **Einreise-/Ausreise-System** und das **Programm für registrierte Reisende** zu verwalten und zu betreiben.

AUSSENGRENZENFONDS



Quelle: Europäische Kommission.



Die Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (Frontex) erleichtert den EU-Mitgliedstaaten die operative Zusammenarbeit bei der Verwaltung ihrer gemeinsamen Außengrenzen. Sie koordiniert verschiedene Maßnahmen wie gemeinsame Einsätze an den See- und Landgrenzen der EU-Mitgliedstaaten und entsendet Soforteinsatzteams für Grenzsicherungszwecke, die sich aus nationalen Grenzschutzbeamten zusammensetzen. Ferner unterhält Frontex Kontakte mit den Grenzschutzbehörden von Nicht-EU-Staaten zwecks Informationsaustausch und Abwehr gemeinsamer Bedrohungen.

EU-Mittel zur Unterstützung des Grenzschutzes an den Außengrenzen

Da alle Mitgliedstaaten der EU gemeinsame Außengrenzen haben, müssen sie sich zur Gewährleistung der Sicherheit innerhalb der Europäischen Union für den Schutz dieser Grenzen einsetzen. Allerdings kann dies für einige von ihnen sehr kostspielig sein, vor allem dann, wenn sie Außengrenzen am Rande der EU haben und daher einem besonders starken Migrationsdruck an ihren Grenzen ausgesetzt sind. Der Außengrenzenfonds unterstützt jene Staaten, für die die Kontrolle der gemeinsamen Außengrenzen eine große finanzielle Belastung darstellt. Für den Zeitraum 2007-2013 werden aus diesem Fonds 1 856 Mio. € für nationale und EU-Maßnahmen zur Kontrolle der Grenzen, Überwachung und Bewältigung der Personenströme an den Außengrenzen, Verbesserung der Aktivitäten der Konsularbehörden sowie für die gemeinsame Visumpolitik bereitgestellt. Damit sollen legale Reisen erleichtert und illegale Grenzüberschreitungen und Visafälschungen erschwert werden. Diese Maßnahmen führen zu einer erheblichen Verbesserung der Grenzkontrollen der EU-Mitgliedstaaten, insbesondere dank beschleunigter Kontrollen von Reisenden und Modernisierung der Grenzüberwachungssysteme.

Zusammenarbeit – Voraussetzung für ein sicheres Europa

Die EU – ein sicherer Raum

In Europa leben die Menschen verhältnismäßig sicher. Dafür sorgen die nationalen Strafverfolgungsbehörden – etwa die Polizei- und Zollbeamten – wie auch die einschlägigen Justizbehörden. Dennoch können Bürger, Unternehmen und sogar die Regierungen in Europa Opfer der internationalen organisierten Kriminalität, von Terrorismus, Cyberkriminalität, Krisen und Katastrophen werden. Diese Bedrohungen sind nicht nur vielfältig und miteinander verknüpft, sondern werden auch immer komplexer, wobei ihre Größenordnung wächst. Daher

intensiviert die EU die Zusammenarbeit und die Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten mit dem Ziel, einen umfassenden, über Grenzen und übliche Zuständigkeiten hinausgehenden Ansatz zur Abwehr etwaiger Sicherheitsbedrohungen zu entwickeln. Dazu gehört eine bessere grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen den Strafverfolgungsbehörden der EU-Mitgliedstaaten, insbesondere durch Informationsaustausch.

Die EU erleichtert die grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit.



Maßnahmen der EU

Gemeinsame EU-Vorschriften gewährleisten Sicherheit für alle

Die **EU-Strategie der inneren Sicherheit** bildet die Grundlage der Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten in Sicherheitsfragen. Sie umfasst 41 Maßnahmen zur Abwehr der dringlichsten Bedrohungen der Sicherheit der EU. Dazu gehört ein gemeinsames Programm zur Zerschlagung krimineller und terroristischer Netze, für den Schutz der Bürgerinnen und Bürger, der Wirtschaft und Gesellschaft gegen Cyberkriminalität, zur Stärkung des Schutzes der gemeinsamen Außengrenzen sowie zur Verbesserung der Reaktion auf und der Widerstandsfähigkeit gegen Krisen.

Kampf gegen das organisierte Verbrechen

Kriminelle Netze operieren international und sind häufig auch an verschiedenen Arten von Straftaten wie Menschen-, Drogen- oder Waffenhandel, Geldwäsche oder Fälschung beteiligt. Diese Netze können beispielsweise Gewinne aus einer bestimmten Art strafbarer Handlungen für die Finanzierung ihrer anderen Tätigkeiten verwenden. Für die Verfolgung und strafrechtliche Verfolgung dieser Kriminellen sind weiterhin die Mitgliedstaaten zuständig. Die Rolle der EU besteht darin, ihre Mitgliedstaaten im Kampf gegen die organisierte Kriminalität durch Stärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Bereich der Strafverfolgung und durch Angleichung ihrer strafrechtlichen Verfahren zu unterstützen. Straftäter müssen vor Gericht gebracht werden, unabhängig von dem Land, in dem sie ansässig sind oder in dem sie Straftaten begehen.

Menschenhandel ist eine moderne Form von Sklaverei. Allein in der EU werden jedes Jahr mehrere hunderttausend Menschen zu einer Vielzahl von Zwecken wie sexuelle Ausbeutung, Zwangsarbeit, Zwangsbetteln, Leibeigenschaft oder die Entnahme von Organen Opfer von Menschenhandel. Die EU hat das Strafrecht der Mitgliedstaaten zur Bekämpfung von Menschenhandel harmonisiert und gleichzeitig für solide Vorschriften zum Schutz der Opfer gesorgt. Die EU-Mitgliedstaaten sind verpflichtet, für besonders gefährdete Opfer eine Sonderbehandlung vorzusehen, und können den Grundsatz der Straffreiheit auf Opfer anwenden, die von Menschenhändlern zu kriminellen Aktivitäten gezwungen wurden. Die EU verfügt über ein umfassendes und multidisziplinäres Konzept zur Bekämpfung des Menschenhandels. Dieses geschlechtsspezifische, auf die Opfer und speziell Kinder ausgerichtete Konzept stützt sich auf die Menschenrechte und betont die Rolle

nationaler Berichtersteller sowie gleichwertiger Mechanismen und die Einbeziehung der Zivilgesellschaft in die einschlägigen Verfahren. Der Europäische Koordinator sorgt für die allgemeine strategische Ausrichtung sowie für Koordinierung und Abstimmung zwischen den Organen, Agenturen, EU-Mitgliedstaaten, anderen Staaten und internationalen Organisationen bei der Bekämpfung des Menschenhandels.

Die EU-Webseiten zum Thema

Menschenhandel sind eine Informationsquelle für Angehörige der Rechtsberufe, der Zivilgesellschaft, Wissenschaftler und andere Akteure bei der Bewältigung der Probleme im Zusammenhang mit Menschenhandel.

Die EU setzt sich ferner für die Bekämpfung der **sexuellen Ausbeutung und des Missbrauchs von Kindern** durch Vereinheitlichung der Maßnahmen der Mitgliedstaaten zur Verfolgung von Straftätern und zum Schutz der Opfer ein. Konkret geht sie gegen neue Phänomene wie Internet-Grooming, d. h. das Anlocken von Kindern zwecks pädophiler Belästigung, vor.

Mit der zunehmenden Verwendung des Internets in unserem Alltag, etwa für Bankgeschäfte von zuhause und Online-Einkäufe, wächst auch die **Cyberkriminalität**. Es handelt sich um eine mit geringem Risiko verbundene, jedoch einträgliche Tätigkeit, die keine Grenzen kennt und in großem Maßstab und über große Entfernungen hinweg möglich ist. Privatpersonen, Unternehmen, Behörden, ja ganze Gesellschaften können Online-Betrug und -Angriffen wie Identitätsdiebstahl, Phishing (betrügerisches Entlocken sensibler Daten), Spam, Viren und Hacking zum Opfer fallen. Informationssysteme und -infrastrukturen sind besonders anfällig gegen Angriffe durch Botnetze, also durch Gruppen von virusinfizierten Rechnern, die ohne Wissen ihrer Besitzer von einem anderen Rechner kontrolliert werden. Die EU unterstützt



Das Internet erleichtert das Leben, bringt aber auch neue Bedrohungen für Bürger, Unternehmen und Behörden mit sich.

die operative Zusammenarbeit der nationalen Behörden bei der Bekämpfung von Cyberkriminalität durch Sensibilisierungs-, Ausbildungs- und Forschungsmaßnahmen. Außerdem koordiniert sie die Maßnahmen der EU-Mitgliedstaaten zum Schutz von Online-Diensten für Bürger und Maßnahmen zur Bekämpfung von Betrug und Fälschung bargeldloser Zahlungsmittel. Darüber hinaus hat die EU die Maßnahmen ihrer Mitgliedstaaten zur Sicherung der Informationssysteme gegen Cyberangriffe harmonisiert. Als Teil des Europäischen Polizeiamts (Europol) trägt auch das **Europäische Zentrum zur Bekämpfung der Cyberkriminalität (EC3)** zum Schutz der europäischen Bürger und Unternehmen gegen Bedrohungen durch Cyberkriminalität bei, indem es Fachwissen und Informationen bündelt, strafrechtliche Ermittlungen unterstützt und EU-weite Lösungen fördert sowie die Bevölkerung der EU für die Cyberkriminalität sensibilisiert.

Der Drogenhandel ist ein weiteres Übel, gegen das die Mitgliedstaaten der EU gemeinsam vorgehen müssen. Für organisierte Verbrecherbanden ist dieser Handel ein äußerst lukratives Geschäft, für die Gesellschaften in der EU jedoch ein komplexes gesundheitliches und soziales Problem. Die **Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht** liefert der EU und ihren Mitgliedstaaten sachliche, objektive, zuverlässige und vergleichbare Informationen über Drogen und Drogensucht in Europa und unterstützt auf diese Weise die politischen Entscheidungsträger bei der Ausarbeitung einschlägiger Rechtsvorschriften sowie Fachleute und Praktiker bei der Verbreitung bewährter Verfahren.

Die organisierte Kriminalität ist ein äußerst einträgliches Geschäft. Straftätern sollen ihre finanziellen Gewinne entzogen werden.



Gefälschte Arzneimittel können ernsthafte Risiken für Sicherheit und Gesundheit mit sich bringen.

Um kriminelle Netze an ihrem schwächsten Punkt zu treffen, setzt die EU den Hebel bei deren finanziellen Einnahmen an. Sie unterstützt die Mitgliedstaaten bei der Verbesserung ihrer Maßnahmen gegen **Geldwäsche, Korruption und Fälschung** sowie bei der wirksamen **Beschlagnahme von Vermögen aus Straftaten**.

Unter Geldwäsche versteht man das „Säubern“ von Erlösen aus Straftaten, um deren illegale Herkunft zu verschleiern. Die EU geht dieses Problem durch Regulierung der Finanzinstitute an, z. B. indem sie diese verpflichtet, verdächtige oder ungewöhnliche Transaktionen zu melden. Gleichzeitig hat die EU die strafrechtlichen Sanktionen der Mitgliedstaaten im Falle einer Geldwäsche vereinheitlicht.

Korruption hängt eng mit organisierter Kriminalität zusammen und erleichtert häufig Schwarzmarktaktivitäten wie illegalen Zigaretten-, Menschen- und Drogenhandel oder Prostitution, die in den meisten Fällen regionenübergreifende Bedrohungen bilden. Im Rahmen ihres Maßnahmenpakets zur Korruptionsbekämpfung hat die EU einen Berichterstattungsmechanismus zur regelmäßigen Bewertung der diesbezüglichen Anstrengungen der Mitgliedstaaten eingerichtet (Korruptionsbekämpfungsbericht der EU) und in ihren verschiedenen internen und externen Politikbereichen dem Aspekt der Korruption verstärkte Aufmerksamkeit geschenkt. Der genannte Bericht wird ab 2013 alle zwei Jahre veröffentlicht. Er wird das gegenseitige Vertrauen der EU-Mitgliedstaaten stärken, bewährte Verfahren besser bekannt machen und den politischen Willen dort stärken, wo noch nicht genug für die Korruptionsbekämpfung getan wird.

Fälschung ist ein globales Problem, das gravierende wirtschaftliche und soziale Auswirkungen hat. So haben die Zollbehörden im Jahr 2009 an den Außengrenzen der EU in mehr als 43 500 Fällen verhindert, dass Waren, bei denen Verdacht auf Verstoß gegen die Rechte des geistigen Eigentums bestand, in den Binnenmarkt gelangen konnten. Insgesamt waren 118 Millionen Artikel betroffen. In diesem Zusammenhang ist zu bedenken, dass gefälschte Lebensmittel, Arzneimittel, Düngemittel,



Das Europäische Polizeiamt (Europol) unterstützt die EU-Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung schwerwiegender Formen von internationaler Kriminalität und Terrorismus. Als kriminalpolizeiliche Agentur sammelt, analysiert und verbreitet Europol Informationen über kriminelle und terroristische Netze und berichtet über organisierte Kriminalität und Terrorismustrends in der EU. Ferner unterstützt Europol die Strafverfolgungsbehörden der EU-Mitgliedstaaten in operativer Hinsicht und koordiniert ihre gemeinsamen grenzüberschreitenden Ermittlungen.

Die Europäische Polizeiakademie (EPA) fördert die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und den Informationsaustausch, indem sie Schulungen auf EU-Ebene für das Personal der Strafverfolgungsbehörden der EU-Länder anbietet. So sorgt sie dafür, dass das Personal mit den Verfahren der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit vertraut wird und diese anzuwenden versteht.

Terroristen verwenden für Angriffe häufig selbst hergestellte Explosivstoffe.



Körperpflegeprodukte und Gegenstände für Kinder ernste Gesundheits- und Sicherheitsrisiken bilden können. Die Verbreitung nachgeahmter Waren ist angesichts des zunehmenden Angebots im Internet heute nicht nur leichter, sondern auch äußerst lukrativ bei geringem Risiko. Um der Verbreitung gefälschter Waren innerhalb der EU einen Riegel vorzuschieben, wurden die Maßnahmen zur Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums verschärft, so dass die Mitgliedstaaten nun auch andere als strafrechtliche Sanktionen und Maßnahmen gegen Produktpiraten anwenden können.

Das Aufspüren und die Beschlagnahme von Guthaben und sonstigen Vermögensgegenständen aus Straftaten sind wirksame Mittel, um die Aktivitäten krimineller Gruppen zu behindern und kriminellen Umtrieben vorzubeugen. Mit der Verwendung der in den Haushalt zurückfließenden Mittel für soziale Zwecke und einer strengeren Strafverfolgung zur Verhütung von Straftaten ist der gesamten Gesellschaft gedient.

Terrorismusbewegung

Die Bedrohung durch Terrorismus macht nicht an Grenzen halt. Im europäischen Raum der Freizügigkeit müssen die Mitgliedstaaten der EU ihr Vorgehen zum Schutz der demokratischen Werte ihrer Gesellschaft und der Rechte und Freiheiten der Bürgerinnen und Bürger abstimmen. Um dies zu gewährleisten, verfolgt die **EU-Strategie zur Terrorismusbekämpfung** vier Ziele:

- Verhinderung terroristischer **Radikalisierung und Anwerbung** für den Terrorismus;
- Schutz der Bürger und **kritischer Infrastrukturen**;
- Verfolgung von Terroristen und ihre Auslieferung an Gerichte;
- **Reaktion auf terroristische Angriffe**, um deren Folgen möglichst gering zu halten.

Um Terroranschläge zu verhindern, muss der Terrorismus an der Wurzel angegangen werden. Mit anderen Worten:

Menschen müssen daran gehindert werden, sich dem Terrorismus zuzuwenden. Gleichzeitig muss vermieden werden, dass neue Terroristengenerationen entstehen. Die **EU-Strategie zur Bekämpfung von Radikalisierung und Anwerbung für den Terrorismus** umfasst gemeinsame Normen und Maßnahmen für die EU-Mitgliedstaaten zur Verhinderung dieser Phänomene.

Im Aufklärungsnetz gegen Radikalisierung wirken Fachleute mit dem Ziel zusammen, besonders bewährte Praktiken auszutauschen und Wissen und Erfahrungen zu bündeln.

In den vergangenen Jahren kamen bei den meisten terroristischen Angriffen **Explosivstoffe** zum Einsatz, die häufig mit Hilfe weit verbreiteter, allgemein erhältlicher chemischer Produkte selbst hergestellt wurden. Daher arbeitet die EU daran, den Zugang zu dieser Art von chemischen Ausgangsstoffen zu erschweren und die Sicherheit von Explosivstoffen und Geräten zur Bombenherstellung zu verbessern, so dass sie von Terroristen nicht missbraucht werden können. Der **EU-Aktionsplan zur Verbesserung der Sicherheit in Bezug auf Explosivstoffe** sieht konkrete Maßnahmen zur Prävention und Detektion von Explosivstoffen sowie der Reaktion auf deren Missbrauch vor.

Terroranschläge können zu verschiedenen Krisensituationen führen, z. B. zum Ausfall kritischer Infrastrukturen wie bei Naturkatastrophen. Schäden an unerlässlichen Infrastrukturen für die Aufrechterhaltung wichtiger gesellschaftlicher Funktionen können die Sicherheit und das Wohlergehen der EU und ihrer Bürgerinnen und Bürger bedrohen. Die EU verfügt über ein gemeinsames Konzept für die Beurteilung des Schutzbedarfs ausgewiesener kritischer europäischer Infrastrukturen (KEI), wobei der Schwerpunkt auf den Bereichen Energie und Verkehr liegt.

Gemeinsame Marineübung von Spezialeinheiten der EU-Mitgliedstaaten zur Rettung von Geiseln aus einem gekaperten Schiff.



Dialog und Zusammenarbeit mit Nicht-EU-Ländern

Die EU unterhält im Interesse einer direkten Zusammenarbeit in gemeinsamen Sicherheitsfragen regelmäßige Dialoge und Partnerschaften mit Nicht-EU-Ländern und internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen (UN). Zu diesem Zweck nutzt die EU auch ihr weltweites Netzwerk von 140 Delegationen, die die Anliegen der EU und ihrer Bürgerinnen und Bürger im Ausland vertreten. Dadurch wird sichergestellt, dass mögliche Bedrohungen der inneren Sicherheit Europas an ihrem Ursprung angegangen werden, bevor sie das Gebiet der EU erreichen. Außerdem wird so gewährleistet, dass die Maßnahmen zur Verbrechens- und Terrorismusbekämpfung voll im Einklang mit der EU-Außenpolitik stehen und diese ideal ergänzen.

EU-Finanzmittel zur Unterstützung des Kampfes gegen Kriminalität und Terrorismus

Durch das Rahmenprogramm „**Sicherheit und Schutz der Freiheitsrechte**“ wird die grenzüberschreitende europäische Zusammenarbeit bei der Verhütung und Bekämpfung von Kriminalität und Terrorismus unterstützt. Dieses Rahmenprogramm besteht aus zwei spezifischen Programmen, über die Finanzhilfen bereitgestellt werden.

Im Rahmen des Programms „**Kriminalitätsprävention und Kriminalitätsbekämpfung**“ werden im Zeitraum 2007 bis 2013 insgesamt 600 Mio. € für Maßnahmen bereitgestellt, deren Schwerpunkt auf Kriminalitätsverhütung, Strafverfolgung sowie Zeugen- und Opferschutz liegt. Das Programm finanziert die Projekte der EU-Länder zur Verbesserung der operativen Zusammenarbeit, Überwachungs- und Bewertungsmaßnahmen, Technologieentwicklung und -transfer sowie Schulungen und Sensibilisierungsmaßnahmen.

Das Programm „**Prävention, Abwehrbereitschaft und Folgenbewältigung im Zusammenhang mit Terrorakten und anderen Sicherheitsrisiken**“ stellt zwischen 2007 und 2013 insgesamt 140 Mio. € für Maßnahmen zur Unterstützung der operativen Zusammenarbeit und Koordinierung zwischen den EU-Ländern beim Schutz kritischer Infrastrukturen und der Krisenbewältigung, insbesondere im Zusammenhang mit Terrorangriffen, bereit. Im Rahmen des Programms werden Projekte finanziert, die die Vernetzung und den Informationsaustausch zwischen den EU-Ländern fördern und der Entwicklung von Notfallplänen zur Bewältigung von Krisensituationen dienen.

Ausblick

Die Einrichtung des Schengen-Raums – eines weiten Gebiets der Freizügigkeit, das heute fast ganz Europa umfasst – ist eine der bemerkenswertesten und konkretesten Errungenschaften der EU. Diese Entwicklung führte zu einer bislang beispiellosen Zunahme der Mobilität der europäischen Bürgerinnen und Bürger sowie der Staatsangehörigen von Nicht-EU-Ländern, die nun Reisefreiheit in diesem gemeinsamen Raum genießen. Der Schengen-Raum ist auch ein wichtiger Faktor für Wachstum und Wohlstand in den EU-Ländern. Die jüngsten und künftigen Erweiterungen des Schengen-Raums bedeuten eine weitere Stärkung der

Freizügigkeit. Die EU wird die legale Einreise in das Gebiet ihrer Mitgliedstaaten weiterhin erleichtern, gleichzeitig aber Maßnahmen zur Bekämpfung von grenzüberschreitender Kriminalität und Terrorismus treffen, die nach wie vor eine Bedrohung der inneren Sicherheit der Union bilden und deshalb eine entschlossene und umfassende Reaktion erfordern. Die Maßnahmen der EU bewirken eine engere Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Behörden der EU-Länder und steigern den Erfolg ihrer Bemühungen um mehr Sicherheit in Europa.

Mehr zum Thema

- ▶ **Generaldirektion Inneres der Europäischen Kommission:** <http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs>
- ▶ **Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union:** <http://frontex.europa.eu>
- ▶ **Bekämpfung des Menschenhandels in der EU:** <http://ec.europa.eu/anti-trafficking>
- ▶ **Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht:** <http://emcdda.europa.eu>
- ▶ **Europäisches Polizeiamt:** <https://www.europol.europa.eu>
- ▶ **Europäische Polizeiakademie:** <http://www.cepol.europa.eu>
- ▶ **Fragen zur Europäischen Union? Europe Direct hilft Ihnen weiter:** 00 800 6 7 8 9 10 11
<http://europedirect.europa.eu>

